

Allianz Vielfalt

AllianzVielfalt.de

Wie erstellen wir die Landeslisten zur Bundestagswahl?

Alle Infos immer aktuell auf <http://allianzvielfalt.de/ueber-uns/gemeinsam-fuer-eine-neue-demokratie/>

Grundsätzliches

- Die Bundestagswahl (BTW) wird über Landeslisten durchgeführt
- Jedes Land entsendet eine gewisse Zahl an Abgeordneten
- Die Wahlberechtigten in jedem Land sind unterschiedlich aufgeschlossen, wenn es um neue Ideen geht
- Daher ist sehr schwer vorhersehbar, welches Land für eine bestimmte Partei wie viele Abgeordnete entsendet.

Schätzung und Voraussetzung

- Errungene Direktmandate gelten in jedem Fall. Es ist aber unwahrscheinlich, dass wir Direktmandate erringen. Dennoch sollten wir möglichst viele Kandidatinnen aufstellen, da es einige Wählerinnen verwirrt, wenn nur eine Spalte ausgefüllt werden kann.
- Für die möglichen Sitze machen wir eine Schätzung von 5% und 7%. Auch das ist sehr ambitioniert, aber man muss 5% der Stimmen erringen, um überhaupt Sitze zu bekommen (oder 3 Direktmandate, aber das ist noch unwahrscheinlicher)
- Wir gewichten z.B. Berlin und Hamburg anders, da man dort aufgeschlossener gegenüber progressiven Parteien ist, als im Bundesdurchschnitt.

Systematik der Verteilung

- Zunächst muss man 5% der Stimmen oder 3 Direktmandate erringen, um überhaupt Sitze zu bekommen
- Jedes Bundesland erhält abhängig von der Größe und abhängig von den Stimmen unterschiedlich viele Sitze. Eine Partei die in Bremen 10% der Stimmen hat, bekommt weniger Sitze, als eine Partei, die in NRW 5% hat.
- Daher ist sehr schwer vorauszusagen, wer wo wie viele Sitze holt.

Mandate pro Land bei 5% bzw. 7%



- Die aussichtsreichen Plätze sind regional ungleich verteilt
- Ein Antritt in Bremen ist aussichtslos, ein Mandat im Saarland nur bei 7% möglich
- In NRW gibt es bei 5% bereits 8 Mandate

Mandat bei 5% bei 7%

Zwischenfazit

- Es ist kompliziert
- Es kommt noch schlimmer

Berücksichtigung der Größe

- Ein gemeinsamer Antritt hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn auch die großen Kleinparteien dabei sind.
- Große Kleinparteien müssen auch mehr Mandate bekommen. Das erzwingen die demokratischen Grundsätze. Außerdem werden sie sonst nicht teilnehmen.
- Wie also kann man sicher stellen, dass auch kleine Parteien Aussichten auf Mandate haben, aber große nicht benachteiligen?

Lösungsansatz

- Zunächst wird eine fiktive bundesweite Liste erstellt.
- Falls man sich auf gemeinsame Spitzenkandidatinnen einigen kann, bilden diese die Spitze.
- Jede Partei setzt im zweiten Teil eine Position.
- Der Rest wird nach dem Divisionsverfahren entsprechend der Größe aufgefüllt.

Details zur Liste

Die Kunst liegt in der Verteilung der Listenplätze! Es gibt drei grundsätzliche Blöcke:

Liste

Block A

„Spitzenkandidatinnen“

Der erste Block wird gemeinsam konsensiert. Jede Partei kann Kandidatinnen vorschlagen.
Alle, die weniger Ablehnung haben, als die Passivlösung („Wir haben keine Spitzenkandidatinnen“), gelten als Spitzenkandidatinnen.

Block B

„Niemand bleibt
zurück“

Der zweite Block dient dem Ausgleich. Jede Partei darf eine Kandidatin setzen.

Block C

„Hinterbänklerinnen“

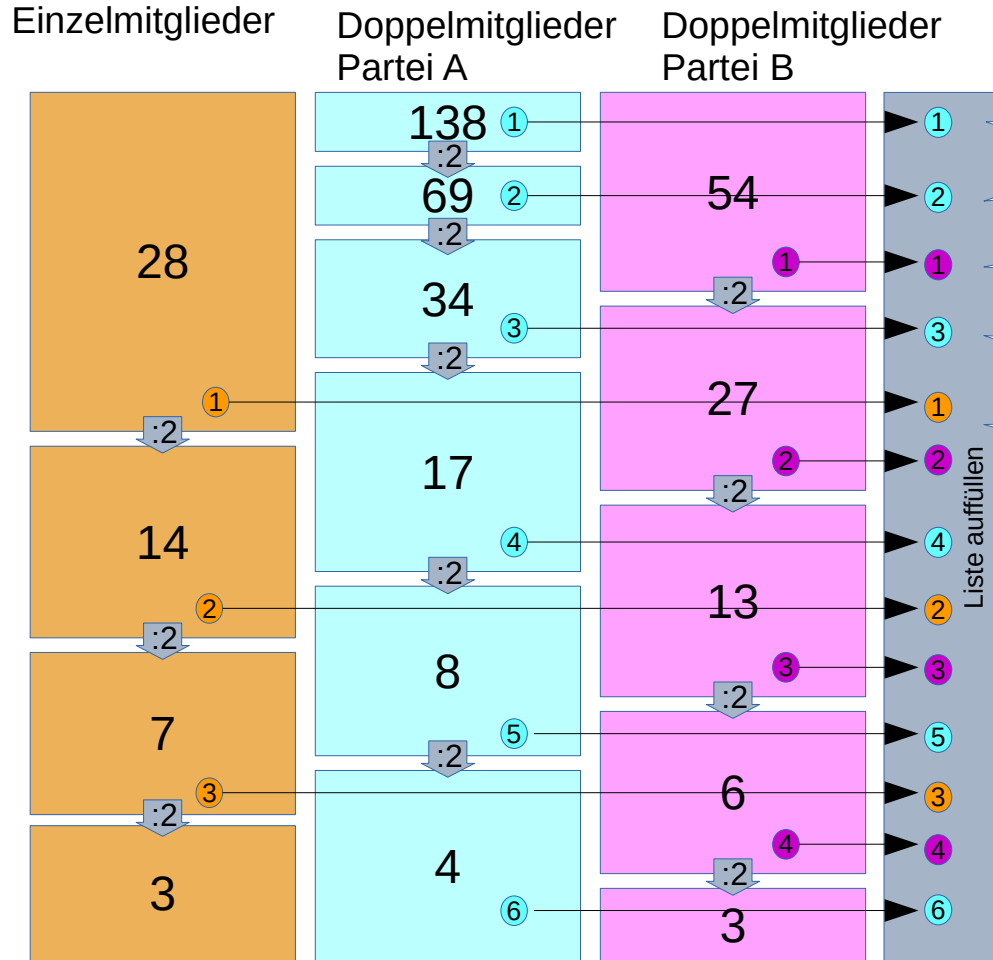
Der dritte Block füllt die Liste auf. Die Parteien kommen je nach Größe zum Zug. Vorgeschrieben ist aber Geschlecht und Vielfalt. Die Ersten Plätze müssen mit Frauen gefüllt werden, bis die Liste 50% Frauen hat. Dann müssen Kandidatinnen gemäß der Quoten gesetzt werden

Divisionsverfahren für Teil 3

Die Reihenfolge, in der die Liste aufgefüllt wird, geht nach der Größe der Gruppen. Als Beispiel hier ein paar geratene Größen:
 Einzelmitglieder: 28
 Partei A: 138
 Partei B: 54

Zuerst wird Platz 1 der größten Gruppe genommen und ihre Mitgliedszahl halbiert. Die so entstandenen Zahlen werden wieder verglichen.

Es wird immer jeweils die größte Zahl ermittelt, der Platz gezogen und die Zahl dann wieder halbiert.



Schritt 1:
138 ist die größte Zahl

Schritt 2: 69

Schritt 3: 54

Schritt 4: 34

Usw.

Für jeden Platz wird jeweils die größte Zahl genommen und dann halbiert, um für die nächste Zeile die größte Zahl zu ermitteln.

Zwischenergebnis

- Wir haben jetzt eine fiktive, gerecht verteilte Bundesliste
- Jetzt müssen diese Positionen gerecht auf die Landeslisten verteilt werden
- Jede Partei kann jetzt in der Reihenfolge der Bundesliste ihre Positionen auf Landeslisten setzen
- Idealerweise einigt man sich vorher und jede Partei nimmt die Länder, in denen sie stark ist.
- Kann man sich nicht einigen, wird in der Reihenfolge der fiktiven Bundesliste gewählt

Verteilung auf die Landeslisten

Fiktive Bundesliste

Partei A

B

C

D

E

A

B

U.s.w.

A

C

D

A

B

D

BEISPIEL!

Partei A steht an erster Stelle der fiktiven Bundesliste und wählt die Landesliste HH

Partei B steht an zwei Stelle und wählt die Landesliste Berlin

Dann kommt C und wählt NRW

Dann kommt D und wählt Bayern

Dann kommt E und wählt NRW

Dann kommt wieder A und wählt NRW

Auf diese Weise entstehen Landeslisten, bei denen die Positionen den Parteien zugeordnet sind. Die Parteien setzen jeweils ihre Kandidatinnen auf die für sie reservierten Positionen.

SEHR, SEHR WICHTIG!

Das ist nur ein Vorschlag. Die Aufstellungsversammlung ist frei in ihrer Entscheidung und alle müssen Vorschlagsrecht haben.



Ergebnis

- Auf diese Weise entstehen jeweils Landeslisten, für die sich die einzelnen Parteien entschieden haben. Große Parteien kommen eher und häufiger zum Zug, aber zu Beginn sind durch unser Prinzip „Niemand bleibt zurück“ alle Parteien ein mal am Zug.
- Die Parteien haben sich idealerweise vorher abgesprochen und können natürlich hinterher tauschen.
- Die Ergebnisse müssen aber von den Aufstellungsversammlungen pro Land bestätigt werden. Dort muss nach PartG auch jede Delegierte ein Vorschlagsrecht haben und kann eigene Listen vorschlagen.

Ergebnis (Symbolbild)

| Platz: | | | | | | | | | | | |
|------------------------|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| Nordrhein-Westfalen | | | | | | | | | | | |
| Bayern | | | | | | | | | | | |
| Baden-Württemberg | | | | | | | | | | | |
| Niedersachsen | | | | | | | | | | | |
| Hessen | | | | | | | | | | | |
| Sachsen | | | | | | | | | | | |
| Rheinland-Pfalz | | | | | | | | | | | |
| Berlin | | | | | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | | | | | | | | | | | |
| Brandenburg | | | | | | | | | | | |
| Sachsen-Anhalt | | | | | | | | | | | |
| Thüringen | | | | | | | | | | | |
| Mecklenburg-Vorpommern | | | | | | | | | | | |
| Hamburg | | | | | | | | | | | |
| Saarland | | | | | | | | | | | |
| Bremen | | | | | | | | | | | |

Fazit

- Eine gerechte Verteilung ist möglich
- Regionale Stärken helfen dabei

Alle Infos immer aktuell auf:

<http://allianzvielfalt.de/ueber-uns/gemeinsam-fuer-eine-neue-demokratie/>